

Ausschnitt aus der

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Rates der Stadt
am Donnerstag, dem 01. März 2001, 15.00 Uhr
im Ratssitzungssaal, Rathaus, Friedensplatz 1

Zu Ziffer 2

Angelegenheiten von besonderer Bedeutung und öffentlichem Interesse

2.1 Gemeinsamer Vorschlag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus vom 14.02.2001 mit der Bezeichnung "*Kommunale Lesben- und Schwulenpolitik in Dortmund*"

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus bzw. die SPD-Fraktion erläuterten die Ratsmitglieder *Schneckenburger* sowie *Giese* den gemeinsam vorgelegten Antrag beider Fraktionen hinsichtlich der kommunalen Lesben- und Schwulenpolitik in Dortmund.

Hierbei brachten sie zum Ausdruck, dass durch den vorgelegten Antrag u. a. ein Beitrag dazu geleistet werden solle, Maßnahmen gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Dortmund zu ergreifen, damit diese Lebensformen letztendlich als gleichberechtigt anerkannt würden. Außerdem solle durch den vorgelegten Antrag die Verwaltung beauftragt werden, zusammen mit den Organisationen der lesbischen und schwulen Selbsthilfe ein Handlungskatalog vorzulegen, welcher konkrete Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben enthalten solle.

Auf Seiten der CDU-Fraktion brachte *Rm Hengstenberg* zum Ausdruck, dass seine Fraktion den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion bzw. der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus nicht zustimmen werde, da die hierin unterstellte Diskriminierung von homosexuellen Menschen und Lebensgemeinschaften bei der Stadtverwaltung nicht für seine Fraktion erkennbar sei.

Anstatt dessen sprach sich *Rm Hengstenberg (CDU)* dafür aus, eine Beschlussfassung im Sinne des Antrages der CDU-Fraktion vom 28.02.2001 herbeizuführen, da dieser Antrag letztendlich Ausdruck für die Akzeptanz homosexueller Lebensgemeinschaften sei.

Nichts desto trotz erklärte er seine Bereitschaft, auch künftig an diesbezüglichen Gesprächen teilzunehmen.

Rm Stratenwerth (FDP) erklärte anschließend, dass die Diskussion zum o. a. Tagesordnungspunkt für ihn persönlich nicht ganz nachvollziehbar sei. Offensichtlich versuche man ein Thema zu problematisieren, bei dem es aus seiner Sicht eigentlich gar keine Probleme gebe. Im übrigen sei es für ihn ein Selbstverständnis, dass die im Grundsatz verankerten Grundgesetze beachtet werden.

Auch *Rm Münch (Bürgerliste)* stellte fest, dass es nicht unbedingt Sache des Rates sein müsse, sich mit der Gleichberechtigung von homosexuellen Menschen auseinanderzusetzen, da diese für ihn ohnehin selbstverständlich sei. Wenn es diesbezüglich Probleme gebe, sollte man diese dort lösen, wo sie bestehen.

Der Rat der Stadt fasst daraufhin folgende Beschlüsse:

a) Auf der Grundlage des gemeinsamen Antrages der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus vom 21.02.2001 fasst der Rat der Stadt bei Stimmenthaltung der Bürgerliste mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie der DVU folgenden Beschluss:

Aus dem in Artikel 1 GG geforderten Schutz der Menschenwürde und dem in Artikel 3 GG enthaltenen Gleichbehandlungsgebot ergibt sich für den Rat der Stadt Dortmund die Verpflichtung, aktiv auf die Einhaltung der Menschenrechte und die Gleichstellung aller Einwohner und Einwohnerinnen hinzuwirken und sich somit gegen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung zu wenden. Der Rat der Stadt Dortmund erkennt an, dass Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung von Schwulen und Lesben Teil dieser Verpflichtung sind; gleichzeitig erkennt er diese Lebensform als gleichberechtigt an.

Dies bedeutet für die Stadt Dortmund u. a.:

Die Verwaltung unterstützt diesen Grundsatz und stellt sicher, dass es weder bei der Einstellung noch bei der Beförderung zu Nachteilen aufgrund der sexuellen Orientierung kommt. Sie setzt sich aktiv für die Gleichstellung ein, wendet sich gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung, sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Lebensweisen über die heterosexuelle hinaus und bildet sie im Sinne der Gleichbehandlung fort. Sie wirkt in den o. g. Punkten auf alle Betriebe ein, an denen sie beteiligt ist.

Der bereits installierte Runde Tisch zur kommunalen Schwulen- und Lesbenpolitik wird begrüßt. Hier sollen konkrete Umsetzungen der o. g. Maßnahmen zur Gleichstellung beraten werden. Dabei sollen auch die weiteren Themen einer kommunalen Antidiskriminierungspolitik besprochen werden. Dabei wird eine Bestandsaufnahme vorgenommen, in welchen Bereichen die Stadt Dortmund die Aktivitäten von Lesben und Schwulen zur Emanzipation bislang unterstützt oder behindert hat.

Der Rat appelliert an alle Einwohnerinnen und Einwohner, an alle Unternehmen, Betriebe, Verbände und gesellschaftlichen Gruppen, sich den oben genannten Zielen anzuschließen. Dortmund als internationale und weltoffene multikulturelle Stadt hat eine besondere Verpflichtung, sich aktiv für Menschenwürde, Gleichberechtigung einzusetzen.

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, bis zum 31.12.2001 im Rahmen des Schwul-lesbischen Runden Tisches Dortmund in Zusammenarbeit mit den dort durch den SLADO e. V. vertretenen Organisationen der lesbischen und schwulen Selbsthilfe einen Handlungskatalog vorzulegen, welcher konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der o. g. Grundsätze vorschlägt und vorbereitet.

b) Bei Stimmenthaltung der Bürgerliste **lehnt** der Rat der Stadt mit Mehrheit gegen die Stimmen der CDU-Fraktion sowie der DVU folgenden Antrag der CDU-Fraktion vom 28.02.2001 **ab**:

Unsere pluralistische Gesellschaft und unser freiheitlicher Staat lassen dem Einzelnen weitest gehende Freiheit in der privaten Lebensgestaltung. Homosexuelle Menschen und Lebensgemeinschaften haben in unserer Gesellschaft Anspruch auf Nichtdiskriminierung, Achtung und Nichtausgrenzung. Die Gesellschaft, ihre Mitglieder und Institutionen sind aufgerufen, Zurücksetzungen und Benachteiligungen im Alltag entgegen zu treten.

Der Rat der Stadt Dortmund erkennt, dass es neben dem klassischen Bild von Ehe und Familie auch andere Lebensformen in unserer Gesellschaft gibt. Er respektiert die Entscheidung von Menschen, die sich in anderen Formen bei der Partnerschaft verwirklichen wollen. Die Mitglieder des Rates stellen fest, dass bei der Stadtverwaltung eine Diskriminierung nicht erkennbar ist und setzen sich dafür ein, den Geist der Gleichbehandlung in der ganzen Stadt selbstverständlich werden zu lassen.